

Die Vorsitzende verlas den Tagesordnungspunkt und erkundigte sich bei der SPD-Fraktion nach einem Wortbeitrag hierzu.

Abg. Krupp erläuterte, dass es sich ursprünglich um einen Antrag gehandelt habe, der sich nicht mit der Personalsituation im Ausländeramt beschäftigte habe und dies auch nicht das vorrangige Ziel des Antrages gewesen sei. Daher wundere sie sich, dass dieser auf der Tagesordnung des Ausschusses für Personal und Gleichstellung stehen würde.

Sie wurde von Abg. Becker darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Antrag vom Kreisausschuss unter anderem an den Ausschuss für Personal und Gleichstellung verwiesen wurde.

Abg. Krupp führte daraufhin aus, dass im Ausländeramt die Arbeitssituation sehr schwierig sei und es dort viele komplexe Arbeitsvorgänge gebe. Es habe auch immer wieder Überlegungen gegeben, bestimmte Dinge zu verändern, um die Situation zu entlasten. Die Wartezeit der Antragsbearbeitung sei jedoch noch recht lang. Das Ergebnis der anstehenden Organisationsuntersuchung sei jedoch abzuwarten in der Hoffnung, dass hierdurch u.a. die Wartezeiten verkürzt werden könnten.

Abg. Becker wies daraufhin, dass der Antrag zwei Elemente enthalte. Zum einen das Aufstellen von Kriterien für die Aufenthaltsentscheidungen. Hier sei die Verwaltung als untere staatliche Verwaltungsbehörde im Rahmen ihres Ermessens an die gesetzlichen Bestimmungen des Ausländerrechts gebunden. Zum Weiteren die Beschleunigung der Bearbeitungszeit der Anträge. Diese habe durchaus mit der Personalsituation zu tun. Er dankte der Verwaltung für die Erläuterungen in der Vorlage für den Kreisausschuss. Hier seien bereits eine Menge an Verbesserungen hinsichtlich der Personalsituation aufgelistet worden. Es sei jedoch richtig, dass Ergebnis der Organisationsuntersuchung abzuwarten und den Antrag bis dahin zu vertagen. Die Ergebnisse sollten dann entsprechend in diesem Ausschuss präsentiert werden.

SKB Lenzen äußerte, er sehe den Vorwurf der SPD-Fraktion, dass es zu Fehlentscheidungen seitens des Ausländeramtes gekommen sei, als einen starken Vorwurf, der jedoch nicht konkret belegt werde. Es werde eine Behörde diskreditiert, die von der Politik alleine gelassen werde. Nach wie vor müssten Altfälle aus der Flüchtlingswelle aus 2015 bearbeitet werden. Dieser Missstand sei von der SPD in der GroKo mit zu verantworten.

Abg. Krupp antwortete, sie wolle zu diesen Ausführungen nicht weiter Stellung nehmen. Diese seien absolut unpassend und sie seien es nicht Wert, hierauf näher einzugehen.

Abg. Balansky ergänzte, sie könne sich dem Wortbeitrag von Frau Krupp nur anschließen. Die Ausführungen seien verachtenswert.

Die Vorsitzende schloss diesen Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass hierzu nach dem Ergebnis der Organisationsuntersuchung weiter berichtet werde.